

Strategiepapier „Für Demokratie und Toleranz im Landkreis Gießen“

Ausgangslage:

In den vergangenen Jahren ist es im Landkreis Gießen in der öffentlichen und fachlichen Wahrnehmung immer wieder zu Vorkommnissen mit rechtsextremem Hintergrund gekommen.

Seit mehr als 10 Jahren bietet das Jugendbildungswerk des Landkreises Gießen (JBW) zum Thema Rechtsextremismus gezielt Projekte, Fortbildungen und Informationsveranstaltungen an und beobachtet demokratiefeindliche Einstellungen und Entwicklungen in der Region, belegt auch durch eine im Jahr 2002 gemeinsam mit der Universität Marburg durchgeführte Studie zu rechten Jugendcliquen. Entsprechend seines politischen Bildungsauftrages arbeitet das JBW daran Jugendliche möglichst frühzeitig adäquat zu sensibilisieren. Bedingt durch die eingeschränkten personellen Ressourcen gelang zwar ein punktuelles, jedoch kein flächendeckendes Gegensteuern dieser Tendenzen.

Die bedenklichen Entwicklungen der letzten Jahre nahm der Kreisausschuss im April 2012 zum Anlass die Durchführung einer Erhebung zu rechten Strukturen und Einstellungen im Landkreis Gießen zu beauftragen, um eine solide Erkenntnisgrundlage zu schaffen auf der passgenaue Konzepte implementiert werden können.

Die Ergebnisse wurden im Januar 2014 im Rahmen einer Fachtagung der Öffentlichkeit präsentiert und diskutiert.

Als maßgebliches Fazit kann zusammengefasst festgestellt werden, dass

- im Landkreis Gießen die gesamte Bandbreite extrem rechter Agitation und Erscheinungsformen zu finden ist
- in der Region die Bereitschaft zu offen vorurteiligen Ansichten alarmierend hoch ist und bestimmte Gruppierungen von Menschen als ungleichwertig angesehen werden und somit Feindseligkeiten ausgesetzt sind
- rechte und menschenfeindliche Ansichten kein Jugendphänomen sind - eine breite Masse Erwachsener generiert den Nährboden für die extreme Rechte
- diesen Tendenzen entgegengewirkt werden muss, um eine demokratische Gesellschaft zu befördern.

Auf Grundlage dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse wurden Handlungsempfehlungen und mögliche Strategien formuliert und deren regionale Umsetzung dringend angeraten.

Ziel:

Grundlegendes Ziel des Vorhabens ist die Stärkung der demokratischen Haltung in der gesamten, altersübergreifenden Bevölkerung des Landkreises Gießen.

Diesem Ziel folgend sollen Konzepte entwickelt und Aktivitäten durchgeführt werden, die

- die wertschätzende Anerkennung und nicht die bloße Hinnahme der grundlegenden Werte einer demokratischen Gesellschaft befördern

- jeglichen Diskriminierungen Einhalt gebieten
- den privaten und gesellschaftlichen Wert einer menschenfreundlichen Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen
- pro - demokratische Kräfte stärken
- die Menschen im Landkreis Gießen darin unterstützen Demokratie konkret zu leben

Umsetzungsstrategie:

1. Einrichtung einer unbefristeten „Fachstelle für Toleranz und Demokratie“ im Jugendbildungswerk

Die derzeitige personelle Ausstattung im Jugendbildungswerk mit demnächst zwei halben Stellen begrenzt schon den Spielraum für eine quantitative und qualitative Umsetzung des gesetzlichen Bildungsauftrages. Mit der Fachstelle im Umfang von 1,0 Vollzeit - Äquivalenten sollen neben dem derzeitigen Angebotsspektrum politischer Bildungsarbeit (u.a. Veranstaltungen zum Bereich Rechtsextremismus, Gedenkstättenfahrten zum Thema Nationalsozialismus, Seminare für Schülervertretungen) zusätzliche Maßnahmen durchgeführt werden.

Neben der Erprobung des Modells „Projekttag zu rechten Lebenswelten und Demokratie“ an einer Schule im ersten Halbjahr 2014 wurden durch das JBW für das zweite Halbjahr 2014 aus den Erkenntnissen der Erhebung bereits folgende Projekte geplant:

- Qualifizierungsreihe zu Rechtsextremismus und Demokratieförderung (Arbeitstitel) in Kooperation mit dem Beratungsnetzwerk Hessen, der Roten Linie und dem Netzwerk für Demokratie und Courage mit der die Zielgruppe der Erwachsenen stärker in den Fokus genommen wird (Jugendfeuerwehren im Landkreis Gießen, kommunale Jugendpflegen, Sozialarbeit an Schulen, Fachkräften aus kirchlichen Zusammenhängen, Vereine, Honorarkräfte aus der Kinder - und Jugendarbeit etc.). Start ist im Herbst 2014 mit den Feuerwehren. Die weiteren Zielgruppen sollen nach und nach qualifiziert werden.
- „Geschlechterreflektiert Mädchen und Jungen gegen Rechts bilden - Geschlechterbilder im Neonazismus“. Beteiligung an einer hessenweiten Fortbildungsreihe in Kooperation mit Dissens - Institut für Bildung und Forschung und dem Wetteraukreis (weitere Kooperationspartner sind angefragt).

Die folgenden Aufgaben erachten wir aus fachlicher Sicht künftig ergänzend als notwendig:

- Intensivere Unterstützung pro-demokratischer Zielgruppen wie z.B. die Schülervertretungen
- Schulung und intensivere Unterstützung der Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendarbeit (u.a. Sozialarbeit an Schulen, kommunale Jugendarbeit, Vereine)
- Entwicklung lebendiger Konzepte für Kinder und Jugendliche, um demokratisches Handeln konkret begreifbar zu machen und um Handlungsoptionen zu eröffnen, die menschenfeindlichen Ansichten entgegenwirken
- Einbindung aller Akteure, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten
- im Falle einer Antragstellung von Bundesmitteln des Lokalen Aktionsplanes ist hier die Schnittstelle zum Jugendbildungswerk verankert (siehe Punkt 3) „Koordinationsstelle für Demokratie und Toleranz“.

- fachliche Begleitung des Monitorings (siehe Punkt 2).
- Bildung einer Schnittstelle zu weiteren erwachsenen Zielgruppen (Zivilgesellschaft, Lehrerkollegien, Sozialraumplanung, Unterstützung von „Dorfprojekten“ z.B. zur Aufarbeitung der lokalen Geschichte wie im Projekt des Vereins JAKOb e.V. (Lahn-Dill-Kreis) „Die vergessenen Geschichten Oberschelds“.
- Im Rahmen der Umsetzung soll auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass sich in jüngster Zeit Bürgerinnen und Bürger öffentlich antisemitisch geäußert haben.

Die Stelle soll aus der im Stellenplan 2014 vorgesehenen Stelle im Jugendbildungswerk besetzt werden und ist Voraussetzung für die Umsetzung der im Papier beschriebenen Maßnahmen.

2. Monitoring

Im Beschlusauftrag des Kreisausschusses am 30. April 2012 zur Durchführung der Erhebung wurde zusätzlich die regelmäßige Fortschreibung der Ergebnisse in Form eines Monitorings beschlossen. Rechte Aktivitäten im Landkreis Gießen sollen damit kontinuierlich dokumentiert werden, um eine realistische Einschätzung der regionalen Situation zu ermöglichen. Auf dieser Erkenntnisgrundlage können entsprechende passgenauere Handlungsstrategien für den gesamten Landkreis generiert werden und präventive Angebote frühzeitig installiert werden.

Diese Aufgabe sollte von einer Stelle übernommen werden, die über überregionalen Überblick, wissenschaftliche Anbindung und lokale Kenntnisse verfügt. Das Jugendbildungswerk kann als Koordinierungsstelle fungieren, an die rechte Vorkommnisse gemeldet werden. Vor allem die Zugänge zu Institutionen und in die Bevölkerung hinein müssen langfristig und vertrauensvoll aufgebaut werden. Diese Aufgabe kann nur vor Ort geleistet werden. Die erhaltenen Informationen werden an das Beratungsnetzwerk gesendet, dort veröffentlicht und in die anderen hessenweiten Aktivitäten kontextualisiert. Geplant ist eine Vergabe dieses Auftrages an das Beratungsnetzwerk Hessen – mobile Intervention gegen Rechtsextremismus, das bereits ein hessenweites Monitoringsystem installiert hat. In diesem System werden bereits Informationen aus den Polizeiberichten, den online zugänglichen Zeitungen, den einschlägigen Internetportalen der extremen Rechten sowie auch punktuell den sozialen Netzwerken zusammengetragen. Diese Serviceleistung wird dem Landkreis kostenfrei zur Verfügung gestellt. Eine gemeinsame Überprüfung, inwieweit dieses Monitoringsystem angemessen ist, soll im Zeitverlauf vorgenommen werden.

3. Antragstellung Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.

Ziel des Bundesprogrammes ist es, Handlungskonzepte für die demokratische Stärkung des Gemeinwesens zu entwickeln, um rechtsextremen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Tendenzen eine lebendige Zivilgesellschaft entgegenzustellen. Derzeit ist noch unklar, ob und unter welchen Konditionen eine neue Förderung ab 2015 erfolgen wird. Entsprechend den Ergebnissen der Erhebung könnten durch diese Förderung potentiell zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen geschaffen werden, um vor allem die erwachsene Bevölkerung und die Zivilgesellschaft insgesamt differenzierter für die Projektlaufzeit zu erreichen. Ebenfalls in den Fokus genommen werden könnte damit die Handlungsempfehlung, die

demokratische Kultur im öffentlichen und privaten Raum kritisch zu hinterfragen und im Sinne einer Stärkung demokratischer Haltungen zu thematisieren.

Sofern die Fördermodalitäten des Bundesprogramms die Umsetzung unseres Vorhabens unterstützen, soll eine entsprechende Antragstellung erfolgen, um die kommunalen Ressourcen zu stärken.

4. Opferberatungsstelle

In der Erhebung wurde der Bedarf einer Beratungsstelle für Opfer rechter Bedrohungen und rechter Gewalt mit dem dafür notwendigen spezialisierten Fachwissen konstatiert. Allerdings würde der vermutete Bedarf für die Angebote einer solchen nicht im Verhältnis zum finanziellen Aufwand stehen. Daher unterstützt der Landkreis Gießen explizit die Pläne zur Einrichtung einer landesweiten Beratungsstelle für Opfer von rechtsextremer und rassistischer Gewalt. Erste Entwürfe liegen hierzu bereits vor.

5. Projektbegleitung

Um die Entwicklung im Zeitablauf nachvollziehen und dokumentieren zu können, soll ein jährlicher Tätigkeitsbericht vorgelegt werden.

Um die Implementierung der Ergebnisse der Erhebung und die bereits erfolgten und geplanten Aktivitäten langfristig weiterzuverfolgen, ist für Anfang 2015 ein Fachtag im kleineren Rahmen geplant.